

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 10. Juli.

Rundgebung gegen die Gerüchte.

Zu Beginn der heutigen Gemeinderatssitzung hielt Bgm. Dr. Weiskirchner eine Ansprache an die Gemeinderäte, in der er gegen die Ausstreunungen in Wien energisch Stellung nahm. Er nannte sie „unsinnigste und niederträchtigste Gerüchte“, deren Zweck klar liege: Die Liebe und das Vertrauen der Bevölkerung zum Herrscherpaare sollen erschüttert und Wirrnisse angezettelt werden. Mit Entrüstung wies der Bürgermeister die geschäftigen Ausstreunungen zurück, nahm scharf gegen die planmäßige Hebe Stellung und richtete an unsere Zensurbehörden eine eindringliche Warnung, in einer kritischen, sehr ernst zu nehmenden Sache — Ungeheuerlichkeiten zu vermeiden. Die Gemeinderäte nahmen die Worte des Bürgermeisters mit stürmischem Beifall auf. Damit ist von maßgebender Stelle im Namen der Wiener Bevölkerung deren Denken und Fühlen in wirkungsvoller Weise Ausdruck gegeben worden.

Sehr wissenswert sind die Erklärungen des Bürgermeisters zur Pulverexplosionskatastrophe in Mariabühl, sehr dankenswert ist sein Auftrag an den Magistrat, die Filmdépôts scharf zu überwachen. Es gilt hier, Katastrophen vorzubeugen, das Leben der Mitbürger zu schützen! Die „Reichspost“ hat wiederholt auf die Filmlager im 7. Bezirke hingewiesen und die Gefahren aufgedeckt, doch sind die Dinge leider ziemlich beim Alten geblieben. Wir hoffen vom Auftrage des Bürgermeisters Abhilfe durch den Magistrat!

Das hauptsächlichste Geschäftsstück der heutigen Gemeinderatssitzung war der Antrag auf Einführung von Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Gemeinderatspräsidiums, Zuerkennung von Amtsaufwandsentschädigungen für die Gemeinderäte, Gewährung von Funktionsgebühren für die Bezirksvorsteherstellvertreter und Bewilligung von Ruhegehältern für die Leiter der Stadtverwaltung. Dieser Antrag, den wir in seinem Wortlaute veröffentlicht haben, wurde heute nach ganz kurzer Debatte angenommen. Der erste Teil, jener auf Bewilligung von Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Gemeinderatspräsidiums, mit großer Mehrheit in einfacher Abstimmung, der Rest der Vorlage mit 82:16 Stimmen, wie die von den Sozialdemokraten für diese Abstimmung verlangte Feststellung des Stimmenverhältnisses ergab.

Nun folgt der Sitzungsbericht:

Schluss mit den Giftmischereien!

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält nach Eröffnung der Sitzung folgende Rede:

Seitdem wir uns zum letzten Male in diesem Saale versammelt haben, ist die Wiener Bevölkerung mit den unsinnigsten und niederträchtigsten Gerüchten überschüttet worden.

Alle diese Ausstreunungen, die nach dem Rezept der Einbreitung von verschiedenen Stellen der Stadt ihren Ausgang nahmen, hatten denselben Zweck: Die Liebe und das Vertrauen der Bevölkerung zum Herrscherpaare zu erschüttern, die Bevölkerung an ihrer durch Jahrhunderte erprobten kaiserlichen Gesinnung irre zu machen und zu aller Not und allem Elend Wirrnisse zu stiften.

Ich halte es für die Pflicht des Wiener Gemeinderates, gegen derartige Ausstreunungen nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Mit Entrüstung und Verachtung weisen wir die Zumutung zurück, die Wiener Bevölkerung durch solche Umtriebe von ihrer Liebe und ihrer Treue zu unserem Kaiser und unserer Kaiserin, die eins sind mit ihrem Volke, abwendig machen zu können.

Der Regierung aber möchte ich die dringende Mahnung ans Herz legen, doch endlich einmal abzulassen von der ziel- und planlosen Art, wie die Zensur geübt wird.

Diese Rundgebung wurde wiederholt durch starken Beifall der Gemeinderäte unterbrochen.

Verlesung des Einlaufes.

Der Bürgermeister hält dem verstorbenen G. S. Wielohlawek einen sehr warm empfundenen Nachruf und bringt dann den bekannten Brief des G. Neumann, in dem er die Niederlegung seines Stadtratsmandates anzeigt, zur Verlesung und fügt hinzu: Es tut mir außerordentlich leid, daß Kollege Neumann nicht in den Stadtrat eingezogen ist und mit uns ge-

arbeitet hat. Was aber das „Wahlrecht“ anbelangt, können die verehrten Kollegen der sozialdemokratischen Partei versichert sein, daß ich bestrebt sein werde, und mit mir die christlichsoziale Partei, eine Demokratisierung des Wahlrechtes durchzuführen, durch welche allen, aber auch allen Schichten der Bevölkerung entsprochen werden soll. (Beifall.)

Der Bürgermeister verliest den Spendeneinlauf: Architekt Georg Tempfli hat leihwillig für die Armen der Stadt Wien 20.000 Kronen gespendet. — Gemeinderat Josef Leitner hat 500 Kronen für verarmte Wiener Bürger des 17. Bezirkes gewidmet. — Herr Paul Hayner, Hotelier, hat 100 Kronen zur Verteilung an Arme des 13. Bezirkes und 100 Kronen zur Verteilung an arme erblindete Soldaten gespendet usw.

Die Lehren der Katastrophe im 6. Bezirk.

G. Baurat Schneider richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage: Aus den heutigen Zeitungsberichten über die furchtbare Explosion in der Gumpendorferstraße ist zu entnehmen, daß es — „Gepflogenheit“ ist, Pulver, in Rudsfäden verwahrt, in den Straßenbahnwagen mitzuführen, das direkt von den Pulvermagazinen in dieser Packung übernommen wird. Welche eminente Gefahr für das mitfahrende Publikum in einem solchen Transport besteht, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden. Wie kann Schießpulver an Personen abgegeben werden, die nicht entsprechende Behälter oder Gefäße mitbringen?

G. Schlechter interpelliert in derselben Angelegenheit. Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Ein schriftlicher Bericht des Feuerwehrrückendienstes ist mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit noch nicht erstattet worden und ich halte es auch für wichtiger, daß die Feuerwehr am Orte des Unglückes arbeitet, als daß sie Berichte erstattet. Ich habe es übrigens als meine Pflicht erachtet, mich noch vorgestern abends an die Unglücksstätte zu begeben und durch Augenschein zu überzeugen, erstens von den Verheerungen, andererseits aber von der wirklich hervorragenden heldenmütigen Tätigkeit unserer braven Feuerwehr und ich kann diesen Anlaß nur benutzen, um dem Branddirektor, den Offizieren und der Mannschaft den Dank und die Anerkennung des ganzen Gemeinderates auszusprechen. (Lebhafte Beifall.) Es steht schon heute fest, daß diese Katastrophe nur durch sträfliche Ausrüstung der für den Betrieb geltenden Vorschriften erklärt werden kann. Wie im Kriegsministerium ausgegeben wurde, wird tatsächlich Pulver ohne jede Rücksichtnahme auf die Gattung des mitgebrachten Behälters ausgefolgt. (Entrüstung.) Der Magistrat wird daher an das Kriegsministerium mit dem dringenden Ersuchen herantreten, Pulver in Zukunft nur an Personen auszugeben, die mit entsprechend feuerfesten Behältern zu seiner Aufnahme ausgestattet sind. Was aber den Transport des Pulvers mit Rudsfäden auf der Straßenbahn anbelangt, so ist ein solches Vorgehen direkt verkehrserisch zu nennen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Straßenbahn hat eine Rundmachung erlassen, welche eine Mitnahme derartiger Gegenstände ausdrücklich verbietet. Es muß aber auch an die Gewerbeinhaber dringlich appelliert werden, nicht mit dem sogenannten „Gefahrenmomente“ zu rechnen.

Die Gefahren der Filmdépôts.

Ich habe auch bezüglich der Filmdépôts die strengsten Verfügungen getroffen und den Magistrat beauftragt, bei Ungeheuerlichkeiten ohne Rücksicht auf die ganze Schwere des Gesetzes vorzugehen. (Neuerliche lebhafte Zustimmung.) (Es ist hohe Zeit, daß man die Filmdépôts der Reihe nach inspiziert und sie ständig scharf überwacht! Ann. d. Red.)

G. Wiber interpelliert wegen der Errichtung von Dachwohnungen bei bestehenden Häusern. — Der Bürgermeister erwidert: Die Frage ist von uns im Wohnungsfürsorgeausschusse schon wiederholt behandelt worden; ich werde die Anfrage der nächsten Sitzung des Ausschusses vorlegen.

G. Schwarz-Siller fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, allenfalls unterstützt durch ein Votum des Gemeinderates, mit den Vertretern aller Parteien bei den kompetenten Stellen vorzusprechen, damit in der Sache der im Auslande internierten Zivilgefangenen endlich einmal etwas Entscheidendes unternommen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Da ich den Inhalt der Interpellation voll und ganz würdige, bin ich gerne bereit, dem Wunsche des Herrn Interpellanten zu entsprechen und werde mit den Kollegen der Obmännerversammlung erörtern, welche Schritte bei den kompetenten Behörden einzuleiten wären.

G. Piischer interpelliert wegen der angeblichen Absicht, in Wien ein türkisches Theater zu errichten und stellt die Bitte, dem Ansuchen aus das entschiedenste entgegenzutreten zu wollen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Darauf kann ich nur erwidern, was ich bereits in der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni auf eine gleiche Interpellation erklärt habe, daß mir von einem Projekte eines türkischen Nationaltheaters in Wien nicht mehr bekannt ist, als was alle Herren in den Zeitungen gelesen haben.

Erstes Auftreten der neuen „demokratischen Gruppe“ im Gemeinderat.

Bgm. Weiskirchner erklärt im Zusammenhange mit einer Interpellation des G. Schäfer: Es haben in der vorigen Sitzung die Mitglieder der demokratischen Gruppe des Gemeinderates — (es sind dies vier Herren, D. R.) — eine Interpellation über Verhältnisse bei der städtischen Feuerwehr überreicht. Obmann Goltz war nicht zu erlangen, und ich habe daher die Kollegen Stein und Schäfer zu mir gebeten und ihnen gesagt, daß der Branddirektor, welchem ich diese Interpellation zur Beantwortung übergeben habe, besorgt ist, daß durch die Verlesung solcher Interpellationen die Disziplin in dem militärisch organisierten Körper der Wiener Feuerwehr beeinträchtigt werden könnte. Ich habe beiden Herren erklärt, daß es ihr Recht ist, zu interpellieren und daß ich, wenn sie darauf bestehen, selbstverständlich die Interpellation verlesen und beantworten werde. Ich habe aber beiden Herren gesagt, daß ich ihnen nahe lege, davon abzusehen. Die Herren Stein und Schäfer haben einander angeblickt und einstimmig erklärt, sie ziehen die Interpellation zurück unter der Voraussetzung, daß ich die Antwort auf die Interpellation in die Form eines Schreibens an die Gruppe fasse. Im Anschluß an die letzte Gemeinderatssitzung ist nun eine Verwahrung der „demokratischen Vereinigung“ in den Blättern erschienen, in welchen ich eines ungeheuerlichen Vorgehens beschuldigt werde. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe.) Ich appelliere deshalb an die Wahrheitsliebe der Herren Stein und Schäfer, ob ich irgend eine Ungeheuerlichkeit begangen habe. Ich habe die Herren gebeten, von der Interpellation abzusehen und beide Herren haben freiwillig darauf verzichtet und trotzdem werde

ich eines ungeheuerlichen Vorgehens beschuldigt. (Lebhafte Zwischenrufe.)

G. Goltz und Schäfer: Gegen unser Wissen! (Hört!)

Bgm. Dr. Weiskirchner: In der Zeitungserklärung sind Sie aber unterschrieben!

G. Goltz: Ich verwahre mich dagegen, ich weiß nichts davon! (Hört! Entrüstung.)

G. Schäfer: Ich weiß auch nichts davon! (Hört!)

Bgm. Dr. Weiskirchner: Also Sie bestätigen meine Darstellung der Angelegenheit?

G. Schäfer und Goltz: Ja wohl!

Bgm. Dr. Weiskirchner: Dann ist für mich diese Angelegenheit erledigt.

(Wer hat den Zeitungen die Erklärung übermittelt? Die beiden anderen Herren der Gruppe müssen sich äußern! Ann. d. Red.)

G. Bichler stellt nachstehenden Antrag: Die Gemeinde Wien gewährt jenen Invaliden, deren Invalidität durch die Militärbehörde festgestellt erscheint, sowie jenen in Wien in Behandlung stehenden kranken Soldaten, die im Besitze einer von der Spitalverwaltung eigens zu diesem Zwecke auszustellenden Legitimationen sind, die Fahrt auf den städtischen Straßenbahnen zu dem für die Kinder festgesetzten Tarif.

Die Diebstähle in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten.

G. Ullreich stellt folgenden Antrag: Mit dem Fortschreiten der Jahreszeit mehrten sich wieder die Diebstähle in den Schreber- und Kriegsgemüsegärten in unheimlicher Weise. Die Inhaber dieser Gärten, die in harter Arbeit dem Boden einiges Gemüse abringen, sehen sich zu ihrer Verbitterung immer wieder durch Diebe um den Lohn ihrer Mühe gebracht. Es sind zwar von der Gemeinde Flurhüter bestellt, doch reicht ihre Zahl bei weitem nicht aus, um den Kriegsgemüsegärten irgendwelchen Schutz vor Diebstahl zu bieten. Auch die im Vorjahre erfolgte Heranziehung von Militärwachen bot infolge des unzulänglichen Ausmaßes nur geringen Schutz. Feuer droht die Diebstahlgewalt noch größeren Umfang anzunehmen, so daß die Inhaber von Kriegsgemüse- und Schrebergärten der kommenden Zeit mit banger Sorge entgegensehen. Es wird beantragt, Magistrat und Landwirtschaftsamt zu beauftragen, unverzüglich alle Maßnahmen einzuleiten, um die Kriegsgemüse- und Schrebergärten tunlichst vor Diebstahl zu schützen.

Das „Anstellen“ am Schweinefleisch.

G. Ullreich stellt folgenden Antrag: Die Art, wie gegenwärtig das Schweinefleisch zur Abgabe gelangt, ist unhaltbar. Obwohl das Anstellen zur Nachtzeit durch die Polizei verboten wurde, stellen sich die Leute doch schon am Abend für den nächsten Tag an, um Schweinefleisch zu erhalten. Wer aus irgend einem Grunde sich nicht anstellen kann, für den bleibt Schweinefleisch dauernd unerschaffbar. Eine Regelung ist daher dringlich notwendig. Für diese gibt es zwei Wege. Entweder die Abgabe des Schweinefleisches erfolgt auf eine bestimmte Nummer des Einkaufsscheines durch so lange Zeit, bis alle Haushalte auf Grund der unschwer anzustellenden Berechnungen in den Besitz der ihnen zustehenden Menge gelangt sind, oder, wenn dies nicht tunlich sein sollte, im Wege der Auktionierung jedoch außerhalb des bereits angelegten Bezuges von Rindfleisch. Es wird daher beantragt, den Magistrat zu beauftragen, in diesem Sinne die Regelung des Schweinefleischverkaufes umgehend in die Wege zu leiten. Nun folgt die Erledigung der

Tagesordnung.

G. Hof beantragt die Erhöhung der Kriegszulagen der Arbeiter im gleichen Ausmaße wie sie den Angestellten nach dem Beschlusse vom 19. Dezember 1917 gewährt werden. (Angenommen.) Nach einem weiteren Bericht des G. Hof werden Neuschuldenstellungen von Stellen und Gehaltssteigerungen im Lagerhause der Stadt Wien und Neuschuldenstellungen von Stellen im Status der Stadtbuchhaltung genehmigt. Ebenso werden die Einreichung städtischer Kassegehilfen, welche zehn Dienstjahre ununterbrochen bei der Gemeinde zurückgelegt haben, in den Ranglistenstand eingereiht, eine Ergänzung der Kriegszulagenbestimmung, betreffend verwitwete Angestellte, wird genehmigt.

Die Bezüge der Gemeindefunktionäre.

G. Rain berichtet sodann über die Bewilligung von Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der Vizebürgermeister, Zuerkennung von Amtsaufwandsentschädigungen für die Gemeinderäte, von Funktionsgebühren für die Bezirksvorsteherstellvertreter sowie über die Ruhegehälter der Gemeinderäte.

G. Skaret erklärt im Namen seiner Partei, daß er im Hinblick auf die allgemeine Entwertung des Geldes im vierten Kriegsjahre gegen die Kriegszulagen an die Bürgermeister nichts einzuwenden habe. Jedoch mit dem Punkt 2 des Antrages sei er nicht einverstanden, da hiezu eine Statutenänderung notwendig sei, welche bei dem Umstände, daß die Landtagsmandate abgelaufen sind, nicht ordnungsgemäß und verfassungsmäßig zustande käme. Der Redner erklärt, grundsätzlich ein Anhänger einer Entschädigung der Mandatäre zu sein, die aber erst dann in Kraft treten soll, wenn der Gemeinderat wirklich demokratisiert sei. Redner gibt namens seines Klubs die Erklärung ab, daß er mit den 50prozentigen Erhöhungen der bestehenden Funktionszulagen einverstanden sei, sich aber gegen den Antrag, betreffend die Funktionsgebühren der Gemeinderäte und Bezirksvorsteherstellvertreter auszusprechen wird. Schließlich verlangt er bei Abstimmung über den Punkt 2 die Konstatierung des Stimmenverhältnisses.

G. Leitner erklärt namens des Bürgerklub: Der Klub ist der Ansicht, daß sich die Verhältnisse innerhalb der Kriegsjahre geändert haben und insbesondere der Bürgermeister und die Vizebürgermeister durch die Fülle der zu leistenden Arbeiten so überlastet sind, daß sie restlos ihre Dienste den Geschäften der Stadt widmen müssen. Ebenso sind die Stadträte durch die Kriegslieferungen ihrem eigentlichen Berufe entzogen, und auch die Gemeinderäte, die im Interesse der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln durch Übernahme, Einschätzung von Materialien usw. sowie durch die übrigen laufenden und Kriegskommissionen eine gewaltige Mehrleistung zu leisten gezwungen sind. Der Klub wird einstimmig für die gestellten Anträge eintreten.

G. Goltz findet es für natürlich, daß dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern eine Erhöhung ihrer Gebühren zugestimmt wird, weil sie eine Mehrleistung während des Krieges vollbringen. Bezüglich der Gemeinderäte gibt er zu bedenken, daß sie auf ein Ehrenamt hin gewählt wurden.

G. Dr. v. Dorn hat gegen die Erhöhung der Funktionsgebühren nichts einzuwenden, da kein Zweifel bestehe, daß die